

A11 Verkehrsgefährdungen für Kinder im Schul- und Vorschulalter

Antragsteller*in: Ralf Dillmann

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

- 1 Das zuständige Ressort für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, Maßnahmen
- 2 zu entwickeln, die dem Schutz der Kinder gerecht werden. Dieses könnten
- 3 beispielsweise temporäre Sperrungen und gezielte Einfahrtsverbote sein, was
- 4 ausdrücklich zu begrüßen wäre. Zusätzlich sollte die Zusammenarbeit mit den
- 5 Kindergärten und Schulen gesucht werden, die in längerfristigen Projekten eine
- 6 Verhaltensänderung der Eltern befördern.

Begründung

Das Verhalten von vielen Eltern, ihre Kinder unbedingt bis unmittelbar vor die Schulgebäude mit ihrem Auto zu transportieren, führt zu erheblichen Gefährdungen für andere Kinder. Täglich werden unter Beparkung von Halteverbotszonen, Gehwegen oder schraffierten Verkehrsflächen – teilweise in Hektik – Kinder von ihren Eltern aus dem PKW entlassen. Die damit verbundene Unfallgefahr bleibt dabei unberücksichtigt oder wird billigend in Kauf genommen. Dabei wird den im „Eltern-Taxi“ chauffierten Kindern eine wesentliche Erfahrung genommen, sie lernen es nicht, wie man selbständig zur Schule kommt. Das Erlebnis eines gemeinsamen Schulwegs mit Freunden, mitsamt der üblichen Gespräche und Späße, bleibt ihnen verwehrt. Dabei haben die allermeisten Kinder einen fußläufig zumutbaren und altersadäquat zu bewältigenden Schulweg. Die Kinder müssten nur rechtzeitig auf den Weg gebracht werden.

Die Beschilderung mit Tempo 30 und partiellen Halteverboten wird oft von den Fahrer*innen der Eltern-Taxis „übersehen“ und haben zu keiner Besserung der Situation geführt. Alleine die direkte Anwesenheit der Polizei verhilft für den Moment zu einer sicheren Situation für die Kinder. Da die Polizei aber nicht gleichzeitig an allen Schulen präsent sein kann, bleibt es bei dem einmaligen Unterbleiben der Verkehrsgefährdung. Hier ist die Politik in der Pflicht, für einen Schutz aller Kinder zu sorgen. Vergleichbar mit dem „Nichtraucherschutz“ müssen Maßnahmen und Gesetze getroffen werden, die den sich richtig verhaltenden Kindern zu ihrem Schutz verhelfen.

Unterstützer*innen

LAG Verkehr; Carsten Werner; Jens Hirschberg; Matthias Güldner; Jens Schabacher; Kirsten Kappert-Gonther; Tobias Kaul; Anne Schierenbeck